

Solidarisch

nicht nur in Krisenzeiten

Das LINKE Wahlprogramm für
die Städteregion Aachen 2020



DIE LINKE.

zur Kommunalwahl am
13. September 2020

Kandidat★innen

für den Städteregionstag Aachen



★
Darius Dunker

★
Benny
Nimmerrichter

★
Sonia Siller

★
Kathi Grudin

1. Darius Dunker
2. Katharina Grudin
3. Sonia Siller
4. Benjamin Nimmerrichter
5. Katharina Hrvaćanin
6. Florian Müller
7. Marika Jungblut
8. Benno Diestelhorst
9. Lara Basten
10. Wolfgang Weißhuhn
11. Sylvi Aldorf
12. Günther Sonnen
13. Malena Moog
14. Lasse Klopstein
15. Martina Haase
16. Reinhard Makiolka

Unser Programm für die Städteregion Aachen

zur Kommunalwahl am 13. September 2020

Die Städteregion Aachen ist geprägt durch Industrie und Energiewirtschaft, wie durch den einstigen Bergbau und die angrenzenden Tagebaue, durch Bildung und Wissenschaft, durch ihre Lage im Grenzland zu den Niederlanden und Belgien und durch herrliche Landschaften und Natur mit dem bislang einzigen Nationalpark Nordrhein-Westfalens.

Wir möchten, dass sie daraus ihre Stärken zieht und alle Weichen in Richtung Zukunft stellt: als eine Region, die die Notwendigkeit einer sofortigen Energiewende begriffen hat und in die Tat umsetzt. Die neue Arbeitsplätze mit Zukunft in sozial und ökologisch vorangehenden Branchen schafft. Als eine Region, in der Menschen über Grenzen hinweg Gemeinschaft erleben und ihre Probleme solidarisch lösen. Als eine Region, die die natürlichen Grundlagen unseres Lebens achtet und schützt und für Alle die Lebensqualität im Einklang mit der Natur in den Mittelpunkt rückt.

I. Wie wir arbeiten und leben wollen: Sozial-ökologischer Umbau „von unten“!	7
1. Den Strukturwandel demokratisch vorantreiben	7
2. Wirtschaft der kurzen Wege	10
3. Wiederbelebung der Innenstädte, gegen Vereinzelung	11
4. Energie – Auf dem Weg zu 100% regenerativen Energien	12
5. Umwelt- und Klimaschutz – Jetzt nachhaltig handeln!	14
II. Für eine sozial gerechte und gesunde Region!	16
6. Gesellschaftliche Teilhabe statt sozialer Kälte	17
7. Für eine gesunde Region!	19
8. Wohnen: Sozial, bezahlbar und ökologisch	24
III. Das Öffentliche zurückerobern: für gute kommunale Infrastruktur	26
9. Bildung und Schule	26
10. Mobilität – Mehr für Rad, Bus und Bahn	26
11. Personal und Verwaltung	26
12. Rettungsdienste: Nah, schnell, zuverlässig, solidarisch	26
13. Digitalisierung	26
IV. Für mehr Lebensqualität und Solidarität – eine Region für alle!	26
14. Kultur für alle	26
15. Tourismus und Erholung: Bezahlbar und klimaschonend	26
16. Inklusion umsetzen zusammen mit den betroffenen Menschen	26
17. Integration – Mit allen und für alle Menschen in der Städtereion	26
18. Kein Mensch flieht freiwillig – Flüchtlinge willkommen heißen	26
19. Antirassismus und Frieden	26

Liebe Wähler*innen,

Die Kommunalwahl 2020 steht unter besonderen Vorzeichen. War Anfang des Jahres noch zu erwarten, dass die regierenden Parteien auf „Rekordbeschäftigung“, hohe Steuereinnahmen und ein „Weiter so wie bisher“ als Wahlkampfschlager setzen, stecken wir nun aufgrund der Corona-bedingten Schließungen in der wahrscheinlich größten Rezession der bundesdeutschen Geschichte. Die Folgen zeigen sich nicht nur in nackten ökonomischen Zahlen (Anstieg von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, wegbrechenden Steuereinnahmen), sondern auch in menschlichen Schicksalen. Kinder konnten monatelang die Kita oder Schule nicht besuchen. Erwachsene verlieren Jobs oder ihre Geschäftsgrundlage und somit Einkommen.

Nur ein starkes Gemeinwesen, und dazu gehören die Landkreise, Städte und Gemeinden an vorderster Stelle, kann die Belastungen meistern. DIE LINKE hat immer für starke Kommunen und eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge gekämpft. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen und dabei auch nicht die Themen vergessen, die für spätere Generationen wichtig sind. Da ist vor allem der Erhalt der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten, für den sich in den letzten Jahren viele Menschen eingesetzt haben. Es geht auch um den Ausbau der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte. Diese dürfen der aktuellen Krise nicht zum Opfer fallen. Drohenden Kürzungen aufgrund kurzfristiger Haushaltspolitik werden wir uns entgegenstellen.

Die Städteregion als Landkreis vereinigt Städte und Gemeinden mit unterschiedlicher Größe und zum Teil verschiedenen Problemlagen. Wichtig ist uns aber stets der soziale Zusammenhalt, der in den letzten Jahrzehnten durch die Agendapolitik massiv beschädigt worden ist. Diesen sozialen Zusammenhalt wiederherzustellen ist auch eine Aufgabe, für die wir um Ihr Vertrauen werben.

Nicht zuletzt setzen wir uns für eine linke Wirtschaftspolitik ein. Diese berücksichtigt die Interessen von Beschäftigten und Mittelstand

und leitet den sozial-ökologischen Umbau zugunsten von Mensch und Natur ein. Dadurch gewinnen die Innenstädte als Treffpunkt der Einwohner*innen zum Arbeiten, Einkaufen, Bilden und Erholen wieder an Bedeutung.

I. Wie wir arbeiten und leben wollen: Sozial-ökologischer Umbau „von unten“!

Das Rheinische Braunkohlerevier prägt nach wie vor die Städteregion als Industriestandort. Das geplante Ende der Kohleverstromung bedeutet auch für unsere Region einen starken Umbruch. Diesen Strukturwandel möchte DIE LINKE demokratisch und sozial gestalten, sowie als Chance für einen solidarischen, ökologischen Umbau der ansässigen Wirtschaft nutzen. Als LINKE kämpfen wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in unserer Region. Niemand soll seinen Heimatort verlassen müssen, um gute Arbeit, gute Lebensverhältnisse und hohe Aufenthaltsqualität erfahren zu können. Deswegen setzen wir uns für eine klug abgestimmte Wirtschaftsförderungs-, Ansiedlungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik, die vermeidbare Pendlerströme reduziert, ein. Unter Berücksichtigung dieser Randbedingungen setzen wir uns für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ein.

1. Den Strukturwandel demokratisch vorantreiben

Wir schlagen vor, dass der Strukturwandel nicht weiterhin als Verwaltungs- und Elitenvorgang, sondern als Beteiligungsprozess angelegt, geplant und durchgeführt wird. Die lokal betroffene Bevölkerung, Gewerkschaften und NGOs müssen ein wirksames Mitspracherecht erhalten. Ein wirklicher Beteiligungsprozess von Zivilgesellschaft und Betroffenen soll durch Einrichtung eines Bürger*innenrats zum Strukturwandel sichergestellt werden, angelehnt an die erfolgreich praktizierten Modelle des Bürgerrats des Vereins „Mehr Demokratie“ und aus dem österreichischen Bundesland Vorarlberg.

Es ist sicherzustellen, dass die Zivilgesellschaft vor Ort über den Bürger*innenrat an den Entscheidungen der fördermittelvergebenden Gesellschaft beteiligt wird, um einen für alle transparenten Entscheidungsprozess zu sichern. Weiterhin soll ein regionales Beteiligungsbüro eingerichtet und tätig werden, das die Beteiligungsprozesse für Bürger*innen auf der kommunalen Ebene organisiert, fördert und unterstützt sowie zwischen den Gemeinden der Region Aachen koordiniert.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Städteregion sich auf eine sozial-ökologische Strategie zur Schaffung und Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen verpflichtet und versucht, dafür im Zweckverband Region Aachen sowie in der Euregio Mitstreiter*innen zu finden.

Diese Strategie soll mindestens drei aufeinander aufbauende Bausteine enthalten:

- *Urban Mining: Es sollen Kapazitäten zur Gewinnung und Verwertung und Materialbeständen (vor allem Metalle und Mineralien) in Infrastrukturen, Gebäuden und Gebrauchsgütern als Sekundärrohstoffen geschaffen und genutzt werden.*

- *Cradle to Cradle: Die Städteregion und ihre Mitgliedskommunen sollen bei der Wirtschaftsförderung einen Schwerpunkt bei Unternehmen setzen, deren Erzeugnisse und verwendete Materialien als biologische Nährstoffe in biologische Kreisläufe oder als „technische Nährstoffe“ in technischen Kreisläufen gehalten und zurückgeführt werden können.*
- *Upcycling: Die Wirtschaftsförderung der Städteregion und ihrer Mitgliedskommunen soll weiterhin Unternehmen unterstützen, die Abfall oder bislang nutzlose Stoffe in neuwertige, im Vergleich zum Ausgangsprodukt hochwertigere Erzeugnisse umwandeln und verkaufen. Diese Idee lässt sich durch Umbau von Ladenlokalen oder sogar kleinen „Upcycling“-Einkaufspassagen und Wochenmärkten in die Breite weiterentwickeln.*

Mit dieser Strategie würde der Strukturwandel stärker „von unten“ mitbestimmt, ökologisch und „kreislaufwirtschaftlich“ ausgerichtet, und es entstünden Arbeitsplätze für verschiedene Berufsbilder und Qualifikationsstufen. Dieses Vorgehen nutzt die vorhandenen Potentiale, die in unserer Region an wissenschaftlicher Expertise durch die Studiengänge an den verschiedenen (Fach)Hochschulen in Bereichen wie Ingenieurwissenschaften, Kreativwirtschaft, Design, Betriebswirtschaftslehre zur Verfügung stehen, ebenso wie die Erfahrung der Fachkräfte aus den Großbetrieben, kleineren Betrieben und Zulieferern, die wegen des Strukturwandels womöglich ihre bisherige Arbeit verlieren. Die ‚kreislaufwirtschaftliche‘ Strategie kann so dazu beitragen, Sachverstand in unserer Region zu halten. Der Strukturwandel vor Ort kann nur miteinander, nicht gegeneinander gelingen. Wir fordern deshalb einen städteregionalen Gewerbesteuerverbund als Ergänzung zum Gewerbeflächenpool, um überflüssige Standortkonkurrenz zu verhindern.

2. Wirtschaft der kurzen Wege – Unterstützung und Fitmachen des lokalen Einzelhandels

DIE LINKE setzt sich für eine „One Stop Shop“-Onlineplattform des Einzelhandels im Gebiet der gesamten Städteregion, die ihren Kund*innen komfortables Einkaufen mit großer Auswahl bei regionalen Anbieter*innen ermöglicht und über eine angeschlossene, netzwerkunterstützte umweltfreundliche Logistik verfügt, ein. Dies soll überflüssig machen, dass Kund*innen Einkaufsplattformen transnationaler Konzerne von außerhalb der Region nutzen, die aus ökologischen Gründen (wegen längerer Lieferwege), arbeitsmarktpolitischen Gründen (prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei den beauftragten Logistikunternehmen und Unterlaufen von Tarifverträgen im Bereich Einzelhandel) sowie aus Gründen der Wirtschaftsförderung (Konkurrenz um Marktanteile zulasten lokal ansässiger Unternehmen) aus städteregionaler Sicht weniger wünschenswert erscheinen.

In Ergänzung dazu setzt sich DIE LINKE für eine mit dieser Online-Plattform verknüpfte Einkaufs-App ein, die es gestattet, beim klassischen Einkaufsbummel interessante Ware per Strich- oder QR-Code auf die eigene Einkaufsliste zu speichern und sich später komfortabel nach Hause liefern zu lassen, so dass z.B. Produkte mit eigenen Augen begutachtet, Geräte aus- und Kleidungsstücke anprobiert werden können, aber keine schweren Einkaufstüten herumgeschleppt werden müssen.

Über die Sparkasse verfügen die Kommunen über ein Kreditinstitut, das sich im Gegensatz zu Privatbanken, an einen sehr großen Kundenstamm richtet. Dieser reicht von der Rentnerin über den Arbeitslosen bis zum Mittelstand. Das Eigenkapital der Sparkasse der Städteregion sollte nicht unnötig und über Bedarf aufgebläht werden. Stattdessen sollte eine höhere Gewinnausschüttung an die Kommunen erfolgen. Es braucht auch unbedingt eine Änderung bei

den Kontoführungsgebühren. Die Kund*innen sollten nicht länger für jede noch so geringe Kontobewegung oder jede noch so kleine Dienstleistung belastet werden. Dringend notwendig ist außerdem, dass Frauen endlich stärker im Vorstand vertreten sind.

DIE LINKE streitet für eine grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft. Weil wichtige ‚Hebel‘ dazu auf der kommunalen Ebene fehlen, streiten wir für eine aktive Wirtschaftsförderung, die wann immer möglich die Abkehr vom klassischen Privateigentum in Richtung einer solidarischen Gemeinwohlökonomie unterstützt. So sollen Belegschaften dabei unterstützt werden, ihr Unternehmen in einen selbstverwalteten solidarischen Betrieb umzuwandeln, wenn ihnen Standortverlagerung, Schließung, erhebliche Kapazitätsverringerung mit Arbeitsplatzverlusten, fehlende Nachfolge der/des Unternehmer*in oder Wechsel auf bedenkliche Arbeits- und Produktionstechniken drohen. Weiterhin soll durch Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Fachverbänden der Unternehmen vor Ort darauf hingewirkt werden, dass sie für den Umstieg auf nachhaltige Herstellungs-, Vertriebs- und Versorgungsweise qualifizieren.

3. Wiederbelebung der Innenstädte, gegen Vereinzelung

Bereits vor der Corona-Pandemie war ein großes Problem unserer Gesellschaft die Vereinzelung. Manche Menschen mögen gerne allein sein, aber viele sind unfreiwillig isoliert. Neoliberale sehen hier kein Problem, sie denken wie Margaret Thatcher, die sagte: „So etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht. Es gibt nur individuelle Frauen und Männer und ihre Familien“. Für DIE LINKE hingegen ist klar: Es gibt eine Gesellschaft, und wir wollen sie sozial und solidarisch gestalten.

Zur Zunahme von Vereinslosigkeit hat beigetragen, dass in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Zahl der Begegnungsorte in unserer Region abgenommen hat: Gaststätten, Discos, Clubs und Geschäfte haben geschlossen, viele Vereine beklagen Mitgliederschwund. Die verbleibenden Möglichkeiten, sich zu Begegnung und Austausch zu treffen sind meistens kommerzieller Natur – und auch diese wurden durch Corona schwer getroffen.

Damit können und wollen wir uns als LINKE nicht abfinden. Wir schlagen vor, bereits leerstehende Ladenlokale zu nichtkommerziellen Begegnungs- und Veranstaltungsstätten umzubauen, soweit sie dafür geeignet sind. Dazu sollen von der Städteregion angemietete und gekaufte Lokalitäten BürgerInnenvereinen anvertraut werden, die sich mit einem Konzept bewerben, wie ihr Lokal zu einem einladenden Ort für alters-, herkunfts-, glaubens- und Interessen übergreifende Begegnung und Austausch um- und ausgebaut werden kann. So kann auch ein Beitrag geleistet werden, mehr Raum fürs Öffentliche und Gemeinsame (zurück) zu gewinnen.

4. Energie – Auf dem Weg zu 100% regenerativen Energien

Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere, nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel unserer Politik. Die Versorgung der Bürger*innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf nicht privatisiert und somit profitorientiert sein.

Die regionalen Energieversorger engagieren sich bereits stark in der Produktion von Strom aus regenerativen Quellen. Dennoch sehen wir hier noch Potential nach oben. Planungs- und Investitionssicherheit haben die kommunalen Unternehmen aber nur dann, wenn ihre Investitionen der Vergangenheit nicht zugunsten der Energiemultis vernichtet werden.

DIE LINKE fordert bezahlbaren Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Bürger*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.

DIE LINKE kämpft inner- und außerparlamentarisch, mit MitstreiterInnen unserer belgischen, niederländischen, luxemburgischen Schwesterparteien, den Umweltbewegungen aus der Region und allen ökologisch-fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft für die Abschaltung und umwelt- und sozialverträgliche Abwicklung der Atomkraftwerke Doel und Tihange. DIE LINKE setzt sich zudem unmissverständlich gegen ein Atommüllendlager in unserer Region – ganz gleich auf welcher Seite der euregionalen Grenzen – ein. Als ökologisch-sozialistische Internationalist*innen meinen wir, dass jede*r das Recht auf ein Leben ohne atomare Bedrohung hat.

Eine weiteres Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein. Hierfür hat unsere Fraktion mit dem aktuellen Haushalt erreicht, dass ein Förderprogramm eingerichtet wurde. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt, Solaranlagen auf städteregionalen Dächern zu bauen.

Konkret setzen wir uns für folgende Forderungen ein:

- *Ausbau der bisherigen Förderprogramme für Photovoltaikanlagen, u.a. durch Mieter*innen-Strom*
- *Förderung von „Bürgerstrom“*
- *Einführung eines Stromsozialtarifs bei den regionalen Versorgern*
- *Verzicht auf Energiesperren*

- *Fortführung aller juristischen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Maßnahmen gegen den Weiterbetrieb der belgischen Pannemeiler und Kampf gegen die mögliche Einrichtung eines Atommüllendlagers in Nachbarregionen.*

5. Umwelt- und Klimaschutz – Jetzt nachhaltig handeln!

Wir können nicht länger warten, das Klima schnell und umfassend zu schützen. Die beeindruckend starken Proteste von „Fridays For Future“, „Ende Gelände“, „Hambi bleibt“, der Antiatombewegung und vielen anderen haben die Politik dazu gezwungen, sich intensiver mit der Erhaltung der Lebensgrundlagen von Mensch, Tier- und Pflanzenwelt zu beschäftigen. Aber die Profitorientierung verhindert immer noch eine schnelle Umkehr. Dabei können wir bereits auf kommunaler Ebene anfangen, das Klima zu schützen. So ist auf Anregung der LINKEN im letzten Jahr ein Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung beschlossen worden. Dieses dient zur Abkühlung der Städte, bietet Insekten Lebensraum und macht auch das Stadtbild attraktiver.

Zum Schutz von Tier- und Pflanzenwelt müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Auch die heimischen Gewässer, seien es Flüsse, Bäche oder die zur Erholung gerne genutzten Badeseen, müssen stärker geschützt und wo auch immer möglich renaturiert werden.

Als Forderungen vertreten wir:

- *Umsetzung und Ausbau des Programms für Dach- und Fassadenbegrünung*
- *Baumpflanz-Kampagne der Städteregion (einzeln und durch Wiederaufforstung)*
- *Schutz der heimischen Gewässer und Verbesserung der Wasserqualität z.B. im Blausteinsee*

- *Unterbindung von Gülle-Importen*
- *Die Versiegelung durch Umwandlung privater Vorgärten in Parkplätze oder durch Pflasterung zu sogenannten „Gärten des Grauens“ zurückdrängen*
- *Möglichst wenig Flächenversiegelung durch Sanierung von Bestandsgebäuden*
- *Förderung von Blühstreifen an Straßen und in Parks*
- *Keine Flächen für genmanipuliertes Saatgut*
- *Sanierung von Altlastflächen und deren Offenlegung*
- *Verstärkte Förderung von Tierschutzvereinen und Tierheimen*
- *Vorrang des Tierwohls vor Interessen der großen Agrarkonzerne, bspw. auch im Umgang mit dem Rinderherpes BHV1.*
- *Ausweitung der Bereiche, in denen Bibern die Landschaftsgestaltung überlassen wird, und Kompensation für ggfs. betroffene Landwirtschaftsbetriebe u.ä.*
- *Maßnahmen gegen die sogenannte „Lichtverschmutzung“, die Insekten und anderen Tieren, aber auch dem Menschen schadet*
- *Der Strommix der ENWOR und EWW muss zu 100% CO₂-neutral umgebaut werden*
- *Der Busverkehr muss auf 100% erneuerbare Energieträger umgestellt werden.*

II. Für eine sozial gerechte und gesunde Region!

Die letzten Monate haben noch mal besonders aufgezeigt, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat für uns alle ist. Der Abbau sozialer Leistungen, Kürzungen bei Gesundheit und Pflege und die Privatisierungen im Wohnungssektor als Folge neoliberaler Politik bringen immer mehr Menschen in Nöte.

Seit der Einführung von Hartz IV muss mindestens ein Zehntel der Bevölkerung in der Städteregion gegen Existenznot und Exklusion kämpfen. Armut wird oftmals nur noch vom Jobcenter verwaltet. Der Abbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes erschwert den Kampf gegen Pandemien ebenso wie drohende Schließung bzw. Zusammenlegung von Krankenhäusern. Bestehende und wohnortnahe Versorgungsstrukturen werden dadurch bedroht. Der Wegfall sozial geförderten Wohnraums und eine Vernachlässigung neuen Wohnungsbaus haben in den letzten Jahren nicht nur in den Ballungszentren zu einer Verknappung von Wohnraum und zu steigenden Mieten geführt. DIE LINKE steht gegen soziale Ausgrenzung, für bessere Gesundheit und verfügt über innovative Ideen für mehr und besseren Wohnungsbau.

6. Gesellschaftliche Teilhabe statt sozialer Kälte

Jede Gesellschaft muss sich daran messen lassen wie sie mit den Ärmsten und Schwächsten umgeht. Legt man diesen Maßstab an Deutschland an, stellt man fest, dass die soziale Kälte in den letzten Jahren zugenommen und die Empathie für die Armen und Grundsicherungsberechtigten abgenommen hat.

In der Städteregion Aachen verschärft sich diese Lage noch, da hier die Armut weit oberhalb des Durchschnitts in Deutschland liegt, und annähernd so groß wie in den ärmsten Städten des Ruhrgebiets ist. Geht man durch die Innenstadt von Aachen, sieht man die Armut an allen Ecken: Menschen sind gezwungen zu betteln oder Flaschen zu sammeln, um überleben zu können.

Ein weiterer Indikator für die Armut sind die halb verwaisten Innenstädte im Altkreis Aachen. Weil weite Teile der Menschen netto immer weniger Geld besitzen, fehlt den Geschäftsinhabern die Lebensgrundlage. Deshalb vergrößern sie, nach Geschäftsaufgabe,

den Kreis der Armen. Die Jobcenter, Agenturen für Arbeit und Sozialämter, die eigentlich den Menschen helfen sollten, verschanzen sich hinter einer Gesetzgebung, die für die meisten Menschen komplett unverständlich ist.

Hofft man bei Ihnen auf Hilfestellung und Beratung, merkt man sehr schnell, dass das Ziel nicht die Gewährung von Leistungen ist, sondern an erster Stelle das Einsparen von Geldern steht, um die Haushalte der Stadt und der Kommunen der Städteregion zu entlasten. Auch fühlen sich viele Menschen bei den Anträgen, die gestellt werden müssen, um berechnete Leistungen in Anspruch nehmen zu können, durch unverständliche Texte und Fragen vollkommen überfordert.

Selbst wenn sie einen Antrag erfolgreich ausgefüllt haben, schützt sie dies nicht vor zum Teil gesetzwidrigen Nachfragen seitens der Behörden. Was wir nicht brauchen, sind Behörden, die den Leistungsberechtigten das Gefühl vermitteln Bittstellerinnen und Bittsteller zu sein, Gesetzgebungen, die nicht für die Menschen da sind, und die Ausspähung des Privatlebens.

Was wir brauchen, ist ein wirksam greifender Schutz gegen Armut, der eine wirkliche Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, die Würde der Betroffenen wahrt, sowie unkompliziert und für alle verständlich und nachvollziehbar ist.

Bundesweit kämpfen wir für die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 582 € und die schnellstmögliche Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung, einer solidarischen Mindestrente und einer Grundsicherung im Alter in Höhe von 1200 € netto.

Vor Ort vertreten wir folgende Forderungen:

- *Die Berechnung der Wohnkosten durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich grundsätzlich an den örtlichen Vergleichsmieten orientieren. Die Kosten der Unterkunft sind in vollem Umfang zu übernehmen.*

- *Eine umfangreiche und zuverlässige sozialpsychiatrische und psycho-soziale Betreuung in der Wohnungslosenhilfe*
- *Die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblich sozial widrigem Verhalten im SGB II.*
- *Ausweitung der entgeltfreien Schuldnerberatung auch für Beschäftigte und Rentner mit geringem Einkommen.*
- *Bürgernahe, barrierefreie und inklusive Beratung und Betreuung von leistungsberechtigten Menschen.*
- *Schulung der Mitarbeiter im Umgang mit Menschen, die eine Lese- und Rechtschreibschwäche oder Analphabetismus aufweisen.*
- *Einrichtung einer Ombudsstelle (Schlichtungsstelle) beim Jobcenter Aachen*
- *Sicherstellung und Ausweitung sozialer Angebote, besonders in von Armut betroffenen Stadtteilen.*
- *Besonderer Schutz für von häuslicher Gewalt betroffene Menschen, u.a. Ausweitung des Angebots der Frauenhäuser und eine verstärkt präventive Täterarbeit.*

7. Für eine gesunde Region!

DIE LINKE tritt auch vor Ort dafür ein, die Privatisierung des Gesundheitswesens sowie Profitinteressen zu stoppen. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören in öffentliche Hand. Der patientenseitige Nutzen medizinischer Versorgung muss wissenschaftlich beweisgestützt und für Betroffene transparent sein. Die Umsetzung dieses Menschenrechts ist nicht möglich ohne eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems!

Wer kennt das nicht: Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband? Brillen, Zahnbehandlung, Zahnspangen und Medikamente kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte Menschen gehen nicht mehr zum Arzt, oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich

Behandlungen oder die Folgen von Krankheit nicht leisten können. Dazu kommen Belastungen durch Epidemien, Veränderungen des Wettergeschehens und andere Aspekte des Klimawandels, die sich auf die Gesundheit auswirken. Steigende Temperaturen, häufigere Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Starkregen, Stürme, Hochwasser oder erhöhte UV-Belastung stellen neue Anforderungen an die Gesundheitsprävention und Versorgung in den Kommunen.

Manche Menschen haben auch bei uns keine Krankenversicherung. Die Drei-Klassen-Medizin ist Realität: Komfortable Privatversicherungen für die einen, Grundversorgung für Normalverdiener. Die dritte Klasse wird oft übersehen: Armutsbetroffene, die nicht mehr zu Ärzten gehen, z.T. weil sie keine Krankenversicherung haben. Armut macht krank und Krankheit macht arm.

Für DIE LINKE ist kommunale Gesundheitspolitik ohne Alternative, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern. Wir brauchen einen öffentlichen Gesundheitsdienst, um das Recht auf Gesundheit auch für alle hier lebenden Menschen zu realisieren, die aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind. Das Gesundheitsamt ist für kommunale Gesundheitspolitik die unabdingbar notwendige Schaltstelle. Deswegen ist es wichtig, den heutigen öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken.

DIE LINKE steht auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene dafür ein, dass die Sozialstaatsbestimmung des Grundgesetzes vom Staat wieder als Auftrag verstanden wird. Stationäre, ambulante, rehabilitative und pflegerische Einrichtungen müssen wohnortnah so organisiert sein, dass sie für die betroffenen Menschen ohne Barrieren optimal zusammenarbeiten.

- *Vor Ort streitet DIE LINKE in den Räten und in der Öffentlichkeit dafür, dass Leitlinien zur Gesundheit eingehalten und praktisch umgesetzt werden.*
- *Öffentliche Gesundheitsversorgung für alle gleichwertig mit und ohne Krankenversicherung. Für letztere gibt es kommunale Beispiele einer guten Versorgung, z.B. über eine Clearingstelle.*

- *Gesundheitsförderliche Maßnahmen im nahen Lebensumfeld, besonders in Wohnquartieren mit niedrigem Durchschnittseinkommen.*
- *Regionale Gesundheitsberichterstattung: Die gesundheitlichen Risiken in der Region, in der Arbeitswelt und durch Klimaveränderungen, Luft- und Wasserverschmutzung, Feinstaubbelastung, den ungezielten Einsatz von Breitbandantibiotika usw. sind zu erfassen und Gegenmaßnahmen festzulegen und einzuleiten. Dazu gehört auch die Erfassung der Versorgung einzelner Gruppen von Betroffenen in bestimmten Lebenslagen, zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Hochbetagte, Menschen mit Behinderungen, Betroffene mit psychischen Erkrankungen, Suchtkranke oder Menschen mit Migrationserfahrungen.*
- *Erweiterung des Angebots in der Suchthilfe, insbesondere für Schwer Abhängige.*

Regionale Gesundheitsziele sind im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz auf Grundlage der Gesundheitsberichterstattung festzulegen und regelmäßig zu überprüfen. Statt isolierter Einzelmaßnahmen ist ein in der Gesundheitskonferenz abgestimmtes Gesamtkonzept für die Kommune bzw. die Region erforderlich. Der Zugang zu deren Sitzungen muss offen sein. Konferenzergebnisse müssen öffentlich bekannt gegeben werden. Wir erstreben eine öffentliche Diskussion über die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der kommunalen Gesundheitskonferenz.

Wir fordern eine qualifizierte infektionshygienische Überwachung von medizinischen Einrichtungen (Krankenhäusern, ambulant operierenden Einrichtungen, Arztpraxen, Pflege und Rehabilitationseinrichtungen) durch die Gesundheitsämter. Wenn man multiresistente Erreger als die größte infektiologische Bedrohung unseres Gesundheitswesens betrachtet, müssen alle multiresistenten Erreger ausnahmslos gemeldet werden. Ein valides Bild über die aktuellen Zahlen und Entwicklungen ist nur durch eine Meldepflicht zu gewinnen. Die Corona-Pandemie bestätigt die Forderung der LINKEN, ein systematisches Monitoring von saisonalen respiratorischen

Viren und Erregern mittels Zufallsstichprobenuntersuchungen in der Infektionsepidemiologie einzuführen.

Von einem Ärzte- oder Apothekenmangel kann keine Rede sein. Jedoch wer nicht in der Stadt lebt, kann die Unterversorgung sehen und spüren: Vielerorts fehlen wohnortnahe Arztpraxen, Apotheken und Krankenhäuser. Eine medizinische Grundversorgung ist in ländlichen Regionen oft nicht mehr vorhanden. Zur Reaktivierung kooperativer Versorgungsformen bestehen erfolgreiche Projekte. Insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum sind neue Lösungen zu fördern, so beispielsweise das Docmobil, mit dem Ärzt*innen in Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche machen. Ein öffentlich gefördertes Fachkräfte-Programm kann durch Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apotheker*innen können niedrigschwellige Angebote (z.B. Bildtelefonie-Modelle, die Aufgaben der Gesundheitsberatung, Prävention und Abgabeterminals) übernehmen.

Wir fordern konkret zur besseren medizinischen Versorgung:

- *Mobile Arztpraxen und vernetzte Filial- und Gemeinschaftspraxen bzw. Poliklinik*
- *Arbeitszeitverkürzung bzw. mehr Möglichkeiten für Teilzeit für Ärzt*innen*
- *Hausarztunterstützung; Einsatz von speziell geschulten Fachkräften*
- *Barrierefreie Shuttle-Services zu Arztpraxen*
- *Wohnortnahe Apothekenversorgung; (z.B. Apothekenterminals – Kommunikation mit Apotheker*innen per Monitor).*

Viele Krankenhäuser stehen vor einem finanziellen Kollaps. Privatkliniken hingegen machen auf Kosten der Allgemeinheit Gewinne. Sie suchen sich Patienten nach größtmöglichem Gewinn aus (z. B. Kniegelenk, Hüftarthrosen). Für frei gemeinnützige und kommunale Krankenhäuser bleiben Patienten beispielsweise mit kostenintensiven Mehrfacherkrankungen. Dies bedeutet jährlich ein Defizit von mehreren Millionen Euro jedes Jahr pro Haus.

In allen Krankenhäusern werden Beschäftigte z.B. der Cafeterien, der Labore, der Hygiene sowie die Reinigungskräfte bereits seit Jahren in Servicegesellschaften ausgegliedert. Dadurch ist ein großer Niedriglohnsektor in den Krankenhäusern geschaffen worden. Inzwischen werden auch Pflegekräfte über Servicegesellschaften und Zeitarbeitsfirmen eingestellt. Auch das hat zu Hygienemängeln beigetragen. Insbesondere krankenhausbedingte Infektionen enden für geschwächte Menschen häufig tödlich. Von großer Bedeutung ist das Risiko der Entfremdung in der ärztlichen Berufsausübung. Vielfach ist belegt, dass gelungene Arzt-Patienten-Kommunikation für den Heilerfolg entscheidend sein kann.

Zur Erhaltung und und Stärkung der hiesigen Krankenhauslandschaft fordern wir:

- *Statt Krankenhausschließungen eine demokratisch legitimierte wohnortnahe Krankenhausplanung, die wieder im Parlament entschieden wird und sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientiert. Beschäftigten- und Patienten-Vertretungen sind zu beteiligen.*
- *Notfallambulanzen sind kein Kostenfaktor, sondern Sozialstaatsgebot. Wirksame Kontrolle bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch Gesundheitsämter sind sicher zu stellen.*
- *Ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor u.a.) sind zurück in Klinikbelegschaft zu integrieren.*
- *Regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern (Krankenhausverbände mit Arbeitsteilung zwischen Spezialisierung, Grund- und Regelversorgung).*

Eine Geburt ist keine Krankheit. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Gebärende, wenn kein medizinischer Fall vorliegt, auch nicht wie Patientinnen behandelt werden, sondern ihr Kind würdevoll und selbstbestimmt zur Welt bringen können. Außerdem sollen sie, wenn sie das wünschen, sich auch für Geburtshaus- oder Hausgeburten mit gut ausgebildeten Hebammen und Geburtshelfern entscheiden können, wann immer es medizinisch vertretbar ist. Zugleich dürfen aber auch die Geburtsstationen der Krankenhäuser nicht wegrati-

onalisiert werden. Auch dort ist eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch Hebammen oder Geburtshelfer anzustreben.

8. Wohnen: Sozial, bezahlbar und ökologisch

Wohnen ist Menschenrecht. Steigende Mieten und Verdrängung einkommensschwacher Mieter trotz eines wieder angesprungenen Wohnungsbaus zeigen eine Vielfalt von Herausforderungen, denen die bisherige Politik nicht gewachsen ist.

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene setzen wir uns ein für:

- *Erhöhung der Barrierefreiheit*
- *Erhöhung des Mieterschutzes und Einführung von Mitbestimmung, z.B. über Mieterräte.*
- *Einbeziehung der Bürger*innen in Planungsprozesse*
- *Erhöhung der Sozialbindung, die seit vielen Jahren abnimmt.*
- *Abschaffung der Modernisierungumlage*
- *Stärkung des ländlichen Raums durch Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, um Wohnen auf dem Land attraktiver zu machen.*

Die finanziellen und personellen Ressourcen der Wohnungsbaugesellschaft der Städteregion (GWG) wollen wir deutlich aufstocken. Wo immer möglich, soll zusätzlicher, bezahlbarer Wohnraum durch Kauf oder Neubau geschaffen werden. Dabei sollen Standpunkte der Gebäude so ausgewählt und ihre Aufteilung so angelegt werden, dass sie zu sozialer Durchmischung in den Quartieren beitragen. Als zweitbeste Lösung sollen Belegungsrechte für bestehende Gebäude erworben werden, um dort die soziale Durchmischung zu erhöhen bzw. die Entmischung zu stoppen. Die Städteregion soll hierzu auf die Kompetenzen und das Engagement der Zivilgesell-

schaft zurückgreifen und einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch Wohnen“ mit allen Regionskommunen, Wohnungsbaugesellschaft und -genossenschaften, Mieter*innen- und Vermieter*innen-Ver-einen einberufen. Für diese Initiative sind auch die benachbarten Gebietskörperschaften in Belgien und den Niederlanden anzufra-gen. Wohnungsbau darf nicht an kommunalen Egoismen scheitern, wenn es um die Bereitstellung von Grundstücken geht. Weiterhin treten wir für die Förderung dauerhaft günstigen alternativen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus ein, um damit der Renditejagd privater Wohnungsbauunternehmen entgegenzuwirken.

Wo bisher kommerziell genutzte Flächen weder als Geschäfte noch anderweitig, bspw. als BürgerInnenzentren nutzbar sind, fordert DIE LINKE, dass die Städteregion und ihre Mitgliedskommunen diese Flächen in Wohnraum umwandeln. Dabei muss es eine klare Prio-rität geben für Wohnraum, der in öffentlicher Hand und dauerhaft bezahlbar bleibt. Wo das mit den bisher stehenden Gebäuden nicht möglich ist, sollten diese ggf. erworben, abgerissen und durch neue Bauten ersetzt werden (die dabei freigesetzten Materialien sind da-bei umweltverträglich zu verwerten). Sinnvoll ist auch die Einrichtung eines kommunalen Leerstandsregisters, wie es DIE LINKE schon vor Jahren für die Städteregion gefordert hatte.

III. Das Öffentliche zurückerobern: für gute kommunale Infrastruktur

Die EinwohnerInnen unserer Region wünschen sich zu Recht eine effiziente, gut erreichbare Verwaltung, einen dicht getakteten, flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr, gute Bildung in Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen und ein zuverlässiges Rettungswesen für Notfälle.

Hier ist die Städteregion mit zuständig und in der Pflicht. Als LINKE kämpfen wir für Gemeinwohl vor Profit, gegen Privatisierung und unnötige und teure öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sowie gegen das jahrzehntelange Kaputtsparen der Kommunen und Landkreise. DIE LINKE hat sich immer für eine ausfinanzierten, personell und technisch gut ausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge eingesetzt. Zu öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen im Sinne der Menschen gehören auch gute Arbeitsverhältnisse in Verwaltungen und kommunalen Unternehmen. Die Kommunen und Landkreise haben die Knochenarbeit zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie beigetragen. Sie benötigen kurzfristig einen Corona-Rettungsschirm, Befreiung von Altschulden sowie langfristig ausreichende Einnahmequellen und Mittel, um Planungssicherheit für Investitionen und Instandhaltung ihrer Infrastruktur zu erhalten.

9. Bildung und Schule

Die Folgen der Corona-Pandemie haben zwei große Probleme der deutschen Bildungslandschaft stärker in den öffentlich Fokus gerückt: die massive soziale Ungleichheit sowie fehlendes Konzept und mangelnde Ausstattung der Schulen im Bereich Digitalisierung. Beides möchte die DIE LINKE mit einem Konzept beheben, das sich an den Interessen der Kinder und ihrer Eltern orientiert. Die wesentlichen Grundlagen für den späteren Bildungserfolg werden nicht erst mit dem Eintritt in die Schule gelegt. Sprache vom Laut bis zum richtig gebildeten Satz, alle Formen kultureller Äußerung, Vorstellungen von Zahlen und Mengen, erstes Rechnen, soziale und moralische Konzepte, Biologie, Konstruktionen und physikalische Prinzipien beschäftigen Kinder schon im Kita-Alter. Die spielerische und meistens in Alltagssituationen eingebettete Vorschulische Bildung in den Kindertagesstätten hat deshalb eine große Bedeutung für den weiteren Bildungsweg. Dabei können Kitas in einer hochsensiblen Entwicklungsphase helfen, die unterschiedlichen Voraussetzungen auszugleichen, die Kinder aus dem Elternhaus mitbringen. DIE LINKE fordert deshalb, dass die frühkindliche wie die schulische Bildung vollständig gebührenfrei wird.

Die im Kinderbildungsgesetz benannten Maßnahmen beim Übergang von der Kita in die Grundschule sind in den Einrichtungen unserer Region oftmals nicht vollständig umgesetzt. Zugleich werden von den Behörden mitunter ausufernd Daten der Kinder angefordert, ohne die Legitimation dazu zu benennen oder die Freiwilligkeit von Angaben herauszustellen.

Als besonders schwierig stellt sich seit Jahren die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal in den Kindertageseinrichtungen dar. In erster Linie ist es Aufgabe der Tarifparteien, hier für bessere Entlohnungs- und Versorgungsstrukturen zu sorgen. Mit der praxisorientierten Ausbildung (PIA) wurde ein vergleichsweise attraktiv bezahlter Ausbildungsweg für Erzieher*innen geschaffen, doch diese Stellen sind zu wenige und ihr Finanzierungsmodell ist für freie Träger

oftmals nicht praktikabel. Auch die klassische Erzieher*innenausbildung muss attraktiver gestaltet und bezahlt werden. Wir wollen, dass der Erfahrungsaustausch zwischen den Kita-Leitungen und die Vernetzung der Beschäftigten aktiv gefördert werden.

Für die Durchsetzung der Rechte kleiner Kinder gegenüber Behörden und Einrichtungen sind verfassungsgemäß die Eltern zuständig. Die Bildung von Elternbeiräten an den Kitas ist deshalb aktiv und kontinuierlich zu fördern. Der Jugendamtselternbeirat (JAEB) der Kitas der Städeregion muss mit einem festen Etat ausgestattet und seine Vernetzung mit den anderen JAEBs der Region unterstützt werden.

Zwar hat die Sekundarschule etwas Bewegung in das festgefahrene Schulsystem gebracht, aber die alten Strukturen und altes Schubladendenken verfestigen nach wie vor massive Ungleichheit der Chancen entlang der sozialen Herkunft. DIE LINKE kämpft für die Einführung einer ganztägigen, inklusiven Gemeinschaftsschule. Wir streiten für längeres gemeinsames Lernen bei individueller Förderung und den Wegfall der unsozialen Frühselektion. Wir fordern zudem eine flächendeckende Versorgung mit guten Bildungsangeboten für jeden Lebensabschnitt und in allen wichtigen Lebenslagen. Statt kurzfristig demographischen Trends hinterher zu laufen, sollten Schulzentren auch in den Eifelkommunen auf einem arbeitsfähigen Niveau gehalten werden. Zu guter Bildung auf der Höhe der Zeit gehören auch flexiblere Räumlichkeiten, in denen moderne Lehr- und Lernkonzepte umgesetzt werden können. Dazu gehören weiterhin Möglichkeiten zur Gruppenarbeit ebenso wie zur Präsentation vor größeren Zuhörschaften. Auch für die Ganztagsbetreuung braucht es neue Raumkonzepte, wie z.B. (Selbst-)Lernräume und Sozialräume.

Bei den Inklusionshelfer*innen, die mit viel Engagement an der Umsetzung der schulischen Inklusion in Grund- und weiterführenden Schulen arbeiten, fordern wir eine Hochgruppierung bei der Entlohnung. – Inklusionshelfer*innen sind keine Hilfskräfte!

DIE LINKE setzt sich weiterhin für ein entgeltfreies Mittagessen aus regionaler biologischer Erzeugung in allen städteregionalen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ein. Wo immer möglich, sollten Frischküchen direkt in den Einrichtungen geschaffen und personell ausgestattet werden.

Für DIE LINKE muss Digitalisierung der Schulen ganzheitlich gedacht werden. Statt vor allem Leuchtturmprojekte wie sogenannte Smart Boards in jedem Klassenraum zu fördern, sollten umfassende Konzepte für Hardware, Software und Kommunikationsmöglichkeiten entwickelt und dabei immer von den Lehrenden und Lernenden aus gedacht werden. Die beste Schul-Cloud nützt nichts, wenn statt dessen alle WhatsApp benutzen. Es braucht abgestimmte Anwendungen und Endgeräte für Schüler_Innen und Lehrer_Innen, die von professionellen Administrator*innen verwaltet werden. Diese Geräte müssen auch für finanziell Benachteiligte verfügbar gemacht werden, ohne dafür unnötige bürokratische Hürden aufzubauen.

Durch diverse Förderprogramme ist es in den letzten Jahren wieder möglich geworden, in die Schulgebäude zu investieren. Das betrifft Maßnahmen zum Brandschutz, energetische Sanierungen und die notwendige Digitalisierung vor allem in den Berufskollegs. Gerade bei letzterer muss allerdings darauf geachtet werden, dass auch die Folgekosten abgesichert werden. Digitalisierung in der Schule endet nicht mit der Beschaffung von Hard- und Software und der Einrichtung von WLAN.

Das bewährte Angebot der städteregionalen Förderschulen sollte soweit erhalten werden, wie es dem Wunsch von Schülern und Eltern entspricht. Bei Erweiterungsinvestitionen muss jedoch überlegt werden, ob diese in einer stärker inklusiven Zukunft benötigt werden.

Chancengleichheit darf nicht mit dem 10. Schuljahr aufhören. Deshalb müssen umfangreiche Angebote zur Erwachsenenbildung und für lebenslanges Lernen verfügbar sein. Ob es um das Nachholen eines Schulabschlusses, eine Fremdsprache oder IT-Kenntnisse geht: gute Angebote auf der Höhe der Zeit müssen flächendeckend und

unabhängig vom Geldbeutel vorhanden sein. Dazu müssen (Weiter-) Bildungseinrichtungen sachgerecht finanziert, personell hinreichend besetzt und untereinander vernetzt sein. Dies gilt besonders für das Angebot des Weiterbildungskollegs der Städteregion, das auch in Zukunft mindestens einen Standort im Bereich der Stadt Aachen haben sollte.

10. Mobilität – Mehr für Rad, Bus und Bahn

Unter dem Druck von Klimaprotesten und Bürgerinitiativen ergaben sich auch in der Verkehrspolitik neue Perspektiven. So stellte die ASEAG, die für den Busverkehr in der Städteregion zuständig ist, ihr ambitioniertes Verkehrskonzept 2027 vor. In der aktuellen Situation schlechter gefüllter Busse soll nicht der motorisierte Individualverkehr aus der Corona-Krise als Sieger hervorgehen. Deswegen fordert DIE LINKE weiterhin den energischen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Erweiterung von Rad- und Fußwegen.

Konkret treten wir für folgendes ein:

- *Schnelle Umsetzung des ASEAG-Verkehrskonzepts. Verdichtung des Angebots auf den Hauptachsen, flexible und komfortable Anbindung von Rand- und Gewerbegebieten. Der ÖPNV muss gerade auch für Berufspendler attraktiver werden. Deshalb unterstützen wir auch die Einrichtung eines Jobtickets für alle.*
- *Die Flotte für das Busnetz soll vollständig von der ASEAG und nicht von Subunternehmen betrieben werden.*
- *Senkung des Tarifs beim sogenannten Mobilitätsticket für Empfänger der Grundsicherung.*
- *Umsetzung der Pläne für die Regiotram vom Nordkreis in die Stadt Aachen unter Berücksichtigung der Ideen von Bürger*innen und Verbänden.*

- *Mehr grenzüberschreitende Zugverbindungen in die Niederlande und nach Belgien; ideal wäre eine Ringbahn, die immer zwischen Lüttich, Maastricht und Aachen verkehrt.*
- *Barrierefreier Umbau aller Bahnhöfe und Haltestellen*
- *Umsetzung eines städteregionalen Schnellradnetzes. Verbesserung der Sicherheit bestehender Radwege.*
- *Flächendeckende Einrichtung von Fahrradstationen.*
- *Vermeidung überflüssigen Straßenbaus.*
- *Erweiterung des in 2020 in der Stadt Aachen eingeführten Fahrgastbeirates auf die gesamte Städteregion.*
- *Entwicklung von Konzepten und Förderung von Projekten, die das Personen- und Gütertransportaufkommen reduzieren*

11. Personal und Verwaltung – Öffentliche Daseinsvorsorge wieder in den Vordergrund stellen

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebauter und ausgestatteter öffentlicher Dienst ist. Fehler der Vergangenheit bei der Ausdünnung der Personaldecke dürfen sich nicht mehr wiederholen. DIE LINKE hat sich, und wird sich auch weiter, auf kommunaler Ebene dafür eingesetzt, dass die Kommunen bereits vor den bevorstehenden Haushaltskrisen durch wegbrechende Steuereinnahmen entlastet werden. So hat der Städteregionstag 2019 eine Resolution auf unseren Antrag hin verabschiedet, sich beim Land NRW für eine Regelung von Altschulden einzusetzen. Insbesondere vor dem aktuellen Hintergrund, müssen die Kommunen handlungsfähig bleiben: als Dienstleister für die Einwohner*innen, als Arbeitgeber und als Auftraggeber für viele kleinere und mittelständische Unternehmen in der Region. Nicht zuletzt müssen die Kommunen in der Lage sein, qualifiziertes und motiviertes Personal zu finden und Aufgaben, die man fälschlicherweise outgesourcet hat, wieder einzugliedern.

Das 2015 eingeführte Personalbewirtschaftungskonzept der Städteregion darf nicht fortgeführt werden. Stattdessen müssen die Stellen ausscheidender Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sofort wieder besetzt werden. Das Ausländeramt z.B. muss mindestens auf die Kapazitäten, welche die Organisationsuntersuchung vorgesehen hatte, aufgestockt werden. Die Arbeit des Amtes muss stärker den Erfordernissen seiner Klientel angepasst werden. .

Darüber hinaus fordern wir:

- *ein verstärktes Engagement der Städteregion für eine Neuregelung der Kommunalfinzen, insbesondere für die Kommunen mit Altschuldenproblematik.*
- *die faire Lastenverteilung der Folgen der Corona-Krise. Diese dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.*
- *Mehr Einstellungen von Menschen mit Beeinträchtigungen*
- *Werbung für die Ausbildung bei der Städteregion in Schulen unterprivilegierter Stadtteile*
- *Offensive zur Gewinnung von Fachpersonal besonders im öffentlichen Gesundheitsdienst*
- *Rekommunalisierung der Gebäudereinigung*
- *Bildung einer Einkaufsgemeinschaft durch die Kommunen in der Euregio, die zwecks notfallspezifisch notwendig gewordenen Anschaffungen (Atemschutzmasken, Bunker usw.) aktiviert wird und so Preisschübe verringern helfen kann.*

12. Rettungsdienste: Nah, schnell, zuverlässig, solidarisch

Zur lebenswichtigen öffentlichen Infrastruktur gehören unbedingt die Rettungsdienste.

Um hier das Angebot zu verbessern, will DIE LINKE:

- *die Rettungsdienste rekommunalisieren, weil nur in öffentlicher Hand gute Arbeitsbedingungen und die Rechte für Beschäftigte sicher sind*
- *kreisüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen zur Verbesserung der Präventionsmaßnahmen bei Katastrophen*
- *Überprüfung gemeinsamer Beschaffungen mit dem Ziel der einheitlichen Ausstattungen von Fahrzeugen und damit einhergehenden Kostenersparnissen für alle Beteiligten.*
- *Verbesserung der personellen Situation auch unter Berücksichtigung der bislang für die Städteregion fahrenden Organisationen.*
- *Optimale Angleichung der baulichen Voraussetzungen im Rahmen der Unterbringung bei Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen.*
- *Überprüfung und Evaluierung des eingeführten „strukturierten Ersthelfersystems“ inklusive psychosozialer Nachsorge unter Berücksichtigung der Notfallseelsorge vor Ort.*
- *Die Eintreff-Frist der Rettungsmittel in den Gebieten mit städtischer und ländlicher Struktur ist zu optimieren.*
- *Förderung der fremdsprachlichen Qualifikationen in Niederländisch und Französisch für Mitarbeiter des Rettungsdienstes in der Städteregion Aachen.*
- *Ausbau der Zusammenarbeit mit Belgien nach dem Erfolgsmodell mit den Niederlanden.*
- *Weitere Planungen für Übungen im Rahmen der örtlichen und überörtlichen Hilfeleistungen. Auswertungen der Koordination und Kommunikation der Hilfeleistungen bei Bereitstellungen im Umland, zum Beispiel bei Bombenfunden und Großschadensereignissen.*

13. Digitalisierung

Grundlage jeglicher Digitalisierung ist die Verfügbarkeit von schneller und bezahlbarer Infrastruktur. Als Rückgrat sind Glasfaserleitungen in öffentlicher Hand nötig. Der Mobilfunk muss flächendeckend verfügbar sein. Funklöcher an Bahnstrecken oder in der Eifel sind nicht mehr zeitgemäß und verletzen den Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die öffentliche Hand muss im Zweifelsfall aktiv werden, falls private Anbieter aufgrund mangelnder Profitmöglichkeiten vor einem Ausbau zurückschrecken.

Modere Digitalisierungsinfrastruktur muss genutzt werden, um das Leben der Menschen zu erleichtern. So können Verwaltungsportale für mobile Endgeräte den Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen erleichtern und dabei die Verwendung über stationäre Internetzugänge an Beliebtheit sogar noch übertreffen. Die Städteregion soll möglichst alle ihre dafür in Frage kommenden Angebote in einer integrierten App kombinieren („one stop shop“). Dies erhöht nicht nur ihre Publikumsfreundlichkeit, sondern würde eine stärkere Identifikation der Nutzer*innen mit der Städteregion bewirken.

Digitale Angebote sollen aber Wahlfreiheit der EinwohnerInnen erhöhen, nicht verringern – niemand darf abgehängt werden! Klassische Behördengänge müssen auch weiterhin möglich bleiben. Niemand, der Unterstützung braucht, soll mit den neuen Möglichkeiten alleine gelassen werden. Neben einem flächendeckenden Weiterbildungsangebot von Volkshochschulen sollten auch zivilgesellschaftliche Initiativen für digitale Alphabetisierung gefördert werden. Weiterhin sollte das Angebot einer öffentlich geförderten Technologiepatenschaft zwischen erfahrenen und unerfahrenen NutzerInnen erprobt werden.

Bei allen Chancen darf die Sicherheit nicht vernachlässigt werden. Statt, wie bei der DSGVO geschehen, aufwändige Maßnahmen auf die Endnutzer*innen abzuwälzen, müssen SoftwareanbieterInnen und Dienstleister*innen stärker in die Pflicht genommen werden.

Nur, wenn Cybersicherheit und Datenschutz von vornherein mitgedacht werden, lassen sie wirklich wirksam integrieren. Dazu gehört, in entsprechenden Verwaltungseinheiten eine hinreichende personelle Ausstattung sicherzustellen. Die Daten der Einwohner*innen sind selbstverständlich nicht nur vor unbefugten Dritten, sondern auch gegen ausufernde Überwachungsbestrebungen staatlicher Sicherheitsapparate und die Datensammelwut privater Unternehmen zu schützen.

IV. Für mehr Lebensqualität und Solidarität – eine Region für alle!

In der Städteregion leben Menschen verschiedenster Herkunft. Diese Vielfalt betrachten wir als Gewinn für die Gesellschaft. Allerdings führen wirtschaftliche und soziale Unterschiede dazu, dass nicht alle Menschen gleichberechtigt an kulturellen, sportlichen und touristischen Erlebnissen teilnehmen können.

Rassistische Scharfmacher nutzen diese Unterschiede, um ihr eigenes braunes Süppchen zu kochen. Sie gefährden nicht nur Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe, sondern den gesellschaftlichen Zusammenhang. Rechter Hetze, innerhalb und außerhalb der Parlamente, werden wir entschieden entgegentreten.

14. Kultur für alle

In der Städteregion gibt es ein vielfältiges kulturelles Angebot. DIE LINKE tritt dafür ein, dass es für alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Einkommen zugänglich ist. Besondere Berücksichtigung müssen die Kulturtreibenden finden, welche durch die Corona-bedingten Schließungen und weiterlaufenden Einschränkungen in ihrer Existenz bedroht sind. Wir setzen uns für altersgerechte, aber anspruchsvolle Angebote für Kinder und Jugendliche und deren Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene; eine stärkere Vernetzung der öffentlichen Kultureinrichtungen und der Kulturangebote der Kommunen sowie die dynamische Anpassung der Kulturförderung an den steigenden Kostenbedarf ein. Unser Kulturbegriff ist dabei nicht nur auf die Hochkultur beschränkt und so setzen wir uns außerdem für eine Stärkung der freien Off- und Subkultur ein.

Wir stellen in unserer Region trotz aller Vielfalt einige Schwachstellen fest. So gibt es z.B. seit Jahrzehnten in unserer Region keine ausreichend große Halle für Konzerte oder Messen. Deshalb müssen viele Bürger*innen nach Köln, Düsseldorf oder in die Niederlande fahren.

Wir fordern deshalb:

- *Bau einer ausreichend großen Mehrzweckhalle für Feste, Sport-, Musik- und Messeevents.*
- *Ermäßigter Zugang zu allen Museen, an denen die Städteregion beteiligt ist, z.B. Energeticon, Vogelsang.*
- *Förderung der Kunst- und Kulturszene gerade vor dem Hintergrund wegbleibender Engagements und Veranstaltungen*
- *Die flächendeckende Einführung eines „Kulturpasses“ für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen und der unbürokratisch ermäßigte Eintritte für alle öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglicht*

- *Gleichrangigkeit der Freien Off- und Subkultur mit Hochkultur bei der Projektförderung*
- *eine ganzjährige Mindestquote an Angeboten für Kinder und Jugendliche in allen öffentlichen Kultureinrichtungen*
- *Mehr Kultur und Theater in Schulen*
- *Open-Air-Kino an thematisch passenden Schauplätzen.*

15. Tourismus und Erholung: Bezahlbar und klimaschonend

Die Städteregion bietet insbesondere mit den Eifelkommunen hochwertige touristische Ziele, die den Menschen zur Erholung dienen. Möglichst allen Menschen, auch denen mit einem kleinen Geldbeutel, sollen die vorhandenen Möglichkeiten der Naherholung offen stehen. Auch dabei müssen ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. So muss man die Naherholungsgebiete und Sehenswürdigkeiten auch ohne eigenen PKW erreichen können. In der Vergangenheit wurde bereits einiges Geld in die Hand genommen, um den Radtourismus zu fördern, was auch vollkommen richtig ist. Doch statt aufwendiger Inszenierungen brauchen wir vor allem sichere und komfortable Wege mit einem umfangreichen Netz von Rad-Erste-Hilfe Stationen. Viele Einrichtungen wie Gaststätten, Pensionen und Hotels sind durch die Schließungen während der Pandemie besonders betroffen worden. Sie werden aber gebraucht, wenn Menschen wieder verstärkt touristische Ziele aufsuchen.

Besonders wichtig sind uns:

- *Förderung des Radtourismus mit dem Schwerpunkt einer guten Infrastruktur*
- *Erneuerung der Markierungen von Wanderwegen*
- *Bessere Ausweisung von kinderwagen- und rollstuhltauglichen Wanderwegen*
- *Schaffung naturnäherer Trekking-Trails*

- *Maßnahmen zur Entschärfung der Konflikte um Radfahrer*innen auf Wanderwegen und in Naturschutzgebieten*
- *Mehr Fahrradbusse in die Eifel*
- *Eine Erhöhung des Busangebots in die Eifel und innerhalb der Eifelkommunen*
- *Besondere Förderung des sanften Tourismus in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort*
- *Einrichtung von Trimpfaden in Naherholungsgebieten.*

16. Inklusion umsetzen zusammen mit den betroffenen Menschen

Soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern müssen fallen. Nur wenn auch diese Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. DIE LINKE kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie die Wahlfreiheit für Förderschulen, Werkstätten sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen.

Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW, das sind zehn Prozent. Auf die Städteregion bezogen sind das ca. 55.000 Menschen. Das Institut für Menschenrechte geht davon aus, dass rund 25 Prozent insgesamt längerfristige Beeinträchtigungen haben, die sie behindern. Die

gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist.

Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht. Bisher ist die Umsetzung in NRW nur schleppend verlaufen, da nicht ausreichend Ressourcen bereitgestellt worden sind. Auch das neue Bundesteilhabegesetz bietet neben Vorteilen auch einige Verschlechterungen. Grundsätzlich befürwortet DIE LINKE die Umsetzung der Inklusion in Schule, Beruf und Privatleben. Behinderte Menschen brauchen aber auch einen Schutz. Es muss deshalb ein Wahlrecht und auch die Möglichkeit in bewährte Strukturen zurückzukehren geben.

DIE LINKE kämpft für möglichst flächendeckende Barrierefreiheit – denn sie ist wichtige Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren*innen, Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z.B. lernen alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennen und durchsetzen, wie z.B. ihre Rente zu beantragen.

Die Teilhabe an der Gesellschaft, die wir wollen, ist barrierefrei, inklusiv, gleichberechtigt und selbstbestimmt.

17. Integration – Mit allen und für alle Menschen in der Städteregion

Unsere Gesellschaft in der Städteregion Aachen wird immer vielfältiger und bunter. Wohin sie sich entwickelt, hängt entscheidend davon ab, ob alle hier lebenden Menschen sich gemeinsam und solidarisch an den Prozessen beteiligen und sie mitgestalten können. Den teilweise seit Jahrzehnten hier lebenden Menschen muss endlich das Wahlrecht zugestanden werden. Integration erfordert beidseitige Bereitschaft, einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen tritt ein für:

- *Ein Integrationsverständnis, das unter Einbeziehung von Migrantenorganisationen und des Integrationsbeirates parteiübergreifend im Rat entwickelt wird*
- *Ein Wahlrecht für Alle, die seit Jahren hier leben; der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-Bürger*innen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben*
- *Eine stärkere finanzielle Ausstattung der Integrationsräte und Gleichstellung der Integrationsratsmitglieder mit anderen direkt gewählten Kommunalpolitiker*innen*
- *Einbeziehung von Migrant*innen und Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommunen*
- *Öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze; das gilt besonders in der Jugendarbeit die weitere interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der öffentlichen Verwaltung, auch bei Neueinstellungen*
- *Alle Bewerbungsverfahren in der Städteregion Aachen und ihren Gesellschaften sollen anonym durchgeführt werden*

18. Kein Mensch flieht freiwillig – Flüchtlinge willkommen heißen

In den letzten Jahren waren viele Menschen gezwungen, aus ihren Heimatländern zu fliehen. Die Fluchtursachen sind vielfältig: Kriege, politische Verfolgung, ökologische Katastrophen oder Krankheiten. Allen diesen Menschen ist gemein, dass sie vor menschenunwürdigen Umständen oder sogar dem sicheren Tod flüchten. An vielen Fluchtursachen ist Deutschland nicht unschuldig, sei es die Beteiligungen an Kriegen, Waffenlieferungen, unfaire Freihandelsabkommen oder der Klimawandel. Es ist daher nicht nur unsere Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen und ihnen eine sichere Zuflucht zu gewährleisten, sondern auch, ihnen ein integriertes und humanes Leben ohne gesellschaftliche Isolation zu ermöglichen. Geflüchtete sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie sind vielfach vom Arbeitsmarkt und von Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Dadurch wird Ihnen die gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Die oft Jahre dauernde Unsicherheit über ein Bleiberecht macht eine Lebensplanung unmöglich. DIE LINKE stand in den vergangenen Jahren an der Seite zahlreicher Initiativen, die sich gegen Rassismus und die inhumane Abschiebep Praxis und für Integration und Aufnahme geflüchteter Menschen engagiert haben. Wir bleiben dabei: Wir streiten für einen sofortigen Abschiebestopp und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Statt Flüchtlinge bekämpfen wir Fluchtursachen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen tritt ein für:

- *ein Selbstverständnis des Ausländeramtes, bei dem nicht wie jetzt die Abwehr von Ansprüchen und Leistungen, sondern die Hilfe und Integration oberste Priorität haben*
- *Gewährleistung einer besseren medizinischen Versorgung und insbesondere psychologischer und psychotherapeutischer Betreuung, beispielsweise für Menschen mit traumatischen Erfahrungen, insbesondere für Kinder und Jugendliche.*

- *eine dezentrale Unterbringung aufgenommener Geflüchteter*
- *einfachen Zugang zu schulischer Ausbildung, Sprachkursen (auch mit kursbegleitender Kinderbetreuung) und weiteren Bildungsmöglichkeiten sowie Sport- und Freizeitangeboten*
- *mehr Personal und eine schnellere Antragsbearbeitung bei der Ausländerbehörde*
- *Veröffentlichung von Informationen, Broschüren und Formularen in verschiedenen Fremdsprachen sowie in leichter Sprache*
- *eine Ombudsperson für das Ausländeramt*
- *Ausbau der kostenlosen Rechtsberatung für Asylsuchende und Migrant*innen hinsichtlich Asyl- und Asylbewerberleistungsrechten, Heirat, Familie, Wohnen und Studium in Deutschland*
- *Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus*
- *die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen*

19. Antirassismus und Frieden – Gegen Hass und Hetze für eine friedliche Welt

Linke Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Sie greifen bestehende Ressentiments auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen, wobei sie dieselbe Kürzungspolitik wie bisher betreiben wollen. Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. In den Kommunalparlamenten darf es keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Faschist*innen geben. Zustimmung zu ihren Anträgen oder ihre Einbeziehung in interfraktionelle Initiativen führen zu einer Normalisierung, die es zu verhindern gilt. Wir brauchen breite gesellschaft-

liche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- *die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen, Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und anderen; dazu sind mögliche Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten und interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen,*
- *Die Verhinderung von Kundgebungen oder sonstigen öffentlichen Aufmärschen aus dem neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Spektrum mit allen rechtlichen Mitteln. Keine öffentlichen Plätze und Straßen für Faschisten!*
- *die Einrichtung von Informations-, Beratungs- und Bildungsstellen gegen Rechtsextremismus und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechts*
- *Ausstellungen und multimediale Projekte zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden sowie in virtuellen Angeboten*
- *Förderung euregionaler Gedenk-, Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit.*

Frieden beginnt vor Ort. Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte und Kommunen, sondern bereits die ungeheure Aufrüstung. Dieses Geld fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg werden die Mittel für den Nahverkehr, für Sozialleistungen und für den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft benötigt.

DIE LINKE hat sich bereits in der ablaufenden Amtszeit für kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen in Entwicklungsländern eingesetzt. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen.

Die Städteregion ist bereits 2019 dem ICAN-Städteappell beigetreten. Wir werden uns dafür stark machen, dass sich die Städteregion nicht nur für eine kernkraftfreie Region, sondern für eine atomwaffenfreie Welt einsetzt. Das wollen wir zusammen mit unseren Freunden und Freundinnen in den Nachbarländern erreichen. Eine tatsächlich atomwaffenfreie Euregio Maas-Rhein wäre ein wichtiger nächster Schritt. Hierfür stellen wir uns gemeinsame Veranstaltungen wie z.B. einen internationalen Friedenslauf vor.



Mit Ihrer Stimme und mit Ihrer Kraft: Konsequenz für fortschrittliche Veränderung! DIE LINKE steht für Opposition gegen die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse und für deren Veränderung. Wir kämpfen im Sinne des demokratischen Sozialismus für radikale Verbesserungen im Sinne der Lohnabhängigen, Erwerbslosen, kleinen Selbstständigen, für Alteingesessene und neue Einwohner*innen und alle Unterprivilegierten in der Städteregion Aachen.

Die Städteregion vereint im Kleinen Arbeits- und Lebensverhältnisse, wie sie in ganz Nordrhein-Westfalen und Deutschland anzutreffen sind: Kommunen mit langer Arbeiter*innen-Tradition, ländliche Gebiete in der Nordeifel, mittelgroße Städte und Aachen als große Hochschulstadt. Jede Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, die in der Städteregion erkämpft werden, kann deswegen Vorbild für andere Landkreise und Kommunen sein. Die doppelte Grenzlage der Region ist uns als sozialistische Internationalist*innen Auftrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Auch die nächste Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag wird mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Bewegungen und Initiativen für Umweltschutz, Geschlechtergerechtigkeit, Flüchtlingssolidarität, Antirassismus oder Frieden und Abrüstung Kontakte pflegen und zusammenarbeiten.

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier trifft unsere Region, aber er trifft nicht jede und jeden gleich. Als LINKE kämpfen wir da-

für, dass die Situation nach Corona und der Strukturwandel zum Aufbruch für soziale Gerechtigkeit, ökologische Umgestaltung und Demokratisierung werden. DIE LINKE wirbt nicht nur für das Kreuz auf dem Wahlzettel neben ihrem Namen. Unser Programm und unser Wahlkampf, alle unsere Aktivitäten sind eine Einladung zum Mitmachen. Je mehr Menschen sich für ihre Anliegen engagieren, desto größere und weitgehende Veränderungen lassen sich gegen herrschende Interessen durchsetzen.

*„Darum lasst uns alles wagen,
Nimmer rasten, nimmer ruhn.
Nur nicht dumpf so gar nichts sagen
Und so gar nichts woll'n und tun.*

*Nur nicht brütend hingegangen,
Ängstlich in dem niedern Joch,
Denn das Sehen und Verlangen
Und die Tat, die bleibt uns doch!“*

Karl Marx (1836)

DIE LINKE Kreisverband Städteregion Aachen

Anschrift: Augustastraße 69, 52070 Aachen

Telefon: 0241 / 990 25 31

Telefax: 0241 / 990 52 28

E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de

Web: dielinke-aachen.de

Facebook: facebook.com/DIELINKE.Aachen

Instagram: instagram.com/dielinke.aachen

Twitter: twitter.com/DIELINKE_Aachen



V.i.S.d.P.: Vanessa Heeß, DIE LINKE Aachen (wie oben)

DTP-Satz: Darius K. Dunker / dkd.li

Korrektur: ausstehend

Illustration: Julia Schneider / jot-s-art.de

Foto: Christoph Giebeler / christophgiebeler.de